

Der Politologe Alejandro Gaviria ist Direktor des Zentrums für nachhaltige Entwicklung für Lateinamerika und die Karibik. Er war Gesundheitsminister Kolumbiens. SEMANA sprach mit Gaviria über die neue Bewegung „Verteidigen wir den Frieden“, den Stand der Übergangsgerechtigkeit (JEP) und die Herausforderungen, vor denen jene stehen, die den Frieden verteidigen:

Alejandro Gaviria: „Der Frieden steht an einem Scheideweg“

(22.2.2019)

Frage:

Sie haben Ihre Unterstützung für die Initiative jener ausgedrückt, die beim Referendum für das JA eintraten und die jetzt die Bewegung „Verteidigen wir den Frieden“ gegründet haben. Warum?

Antwort:

Da gibt es viele Gründe: Weil die Bewegung die Hoffnung verkörpert, zu einem Land ohne Opfer zu werden, weil es eine institutionelle Verpflichtung gibt, weil unsere internationale Glaubwürdigkeit auf dem Spiel steht, weil die Vereinbarungen eine ernsthafte Chance eröffnen für die ländliche Entwicklung – das sind nur einige.

F.:

Die Bewegung schlägt vor, eine Reihe von Aktionen durchzuführen, um die Herzen der Leute zu gewinnen. Wofür wären Sie?

A.:

Der Schlüssel liegt in der Pädagogik, aber es ist schwierig. **Man muss bestehen auf der Wichtigkeit eines Abkommens, das potenziell verändernd wirken kann**, das angeht gegen die Desinformation und einige Erfolge sichtbar macht, die bereits vorliegen, wie die seitdem geretteten Leben, die früheren Kämpfer, die heute für die staatlichen Institutionen eintreten oder die Universitäten, die mobilisiert wurden für ein gemeinsames Ziel.

F.:

Glauben Sie, dass die Bewegung mit derartigen Aktionen wirksamen Einfluss auf den Umsetzungsprozess des Abkommens ausüben kann?

A.:

Die genannten Aktionen zielen darauf ab, Vertrauen zu entwickeln, die Gesellschaft zu verpflichten, sich den Frieden zu eigen zu machen. Die Umsetzung ist nicht allein eine Staatsaufgabe, sondern bedarf der Mitwirkung der Gesellschaft.

F.:

Warum befinden wir uns noch immer in dem Dilemma zwischen Krieg und Frieden, obwohl wir acht Jahre lang an der Herstellung des Friedens gearbeitet haben?

A.:

Weil die Gesellschaft noch immer gespalten ist. Der Konflikt hat viele Wunden hinterlassen. Unglücklicherweise gibt es Personen, die diese Spaltung noch verschlimmern wollen, indem sie die offensichtlichen Spannungen zwischen Justiz und Friedensbemühungen sich zunutze machen, und sie

haben die Spaltungen vertieft, denn es ist immer leichter, den Menschen Angst einzuflößen als Hoffnung.

F:

Die Debatte in den sozialen Netzwerken bezüglich der JEP war sehr scharf. Glauben Sie, die Polarisierung wie sie beim Referendum herrscht, könnte wieder aufleben?

A:

Ja, das ist Besorgnis erregend. Es ist eine Spaltung ohne Sinn, ein schädlicher Zeitvertreib. Was mich am meisten besorgt an der derzeitigen Lage, ist, dass einige darauf bestehen, in die Vergangenheit zurückzukehren.

F:

Welches sind die Themen, die heute die Debatte bestimmen sollten?

A:

Wir müssten uns über notwendige Reformen unterhalten und die keinen Aufschub vertragen, wie die Renten, die Dezentralisierung, die Bodenordnung. Aber stattdessen drehen wir uns immer im Kreis.

F:

Wie könnte die Bewegung „Verteidigen wir den Frieden da Einfluss nehmen?

A:

Wahrscheinlich nur vom Rand aus, wenn überhaupt. Der Schlüssel liegt in der Arbeit der politischen Parteien. Bei alledem ist die vehemente Verteidigung des Friedens durch die Liberale Partei eine gute Nachricht.

F:

Welche Chancen bestehen zur korrekten Umsetzung des Friedensabkommens im Hinblick auf die Beschwerden der Abgeordneten Juanita Goebertus in Bezug auf den Nationalen Entwicklungsplan und die Haushaltsansätze für den Frieden?

A:

Hinsichtlich Opferentschädigung, Landbesitz, ländliche Entwicklung und Substituierung illegalen Drogenanbaus erscheint mit den veranschlagten Mitteln die Umsetzung des Abkommens nicht möglich. Zweifellos steht der Friedensprozess am Scheideweg.

F:

Was die JEP anbelangt, wie sehen Sie die Aussage des Internationalen Strafgerichtshofs, in der er den Präsidenten auffordert, das Durchführungsgesetz in Kraft zu setzen?

A:

Das ist eine gute Nachricht. Sie macht viele der internen Kritiken zunichte. Vor allem die Idee, die JEP verkörpere eine Strategie der Straflosigkeit. Die internationale Unterstützung war fundamental und sie bleibt es.

F:

Was steht nach Ihrer Meinung auf dem Spiel, wenn das Ausführungsgesetz nicht in Kraft gesetzt wird?

A:

Auf dem Spile steht die Glaubwürdigkeit des Staates, nach innen wie nach außen, und auf dem Spiel steht auch eine mögliche gemeinsame Zukunft, in der nach und nach ein Land ohne Opfer entstehen könnte. Der Wahlkampslogan von Präsident Duque war „Die Zukunft gehört allen“, aber es scheint, die Politik entferne sich von dieser gemeinsamen Zukunft und nähere sich stattdessen einer Vergangenheit unnötiger Streitigkeiten.

F:

Welche Wege stehen jenen offen, die an den Frieden glauben?

A:

Beharrlich zu sein, weiter Argumente vorzutragen, einen anderen Weg aufzuzeigen als den des Krieges. Es heißt: „Die Stimme der Vernunft ist sanft, aber beharrlich“.